

6

82

# Union in Deutschland

Bonn, den 18. Februar 1982

## Hilflos und zerstritten

Am 3. Februar hatte das SPD/FDP-Bundeskabinett sein sogenanntes „Beschäftigungsprogramm“ beschlossen und Schmidt die scheinheilige Vertrauensfrage gestellt. Die Arbeitslosenzahlen erreichten die Zwei-Millionengrenze. Eile war geboten. Doch erst am 3. März, also vier Wochen später, will die Regierung ihre nebulösen Ankündigungen in Gesetzestexten vorlegen.

Mit großem Theaterdonner wurde alles angekündigt. Nach dem jetzt von der Regierung entworfenen Zeitplan werden sich Bundestag und Bundesrat abschließend mit diesen wichtigen Gesetzen erst Ende April, Anfang Mai beschäftigen können. Schon allein aus diesem Vorgang kann man ermesen, wie schlampig hier gearbeitet wird, stellt Helmut Kohl fest.

Während die Koalitionsparteien weiterhin mit- und untereinander heftig streiten, immer wieder andere Vorschläge vorlegen, liegt der Maßnahmen-Katalog der Union „Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft“ auf dem Tisch (Wortlaut UiD 5/82).

In der Sicherheitspolitik sieht es nicht anders aus. Was in der SPD vorgeht, ist gespenstisch, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger. Während führende amerikanische Politiker am Wochenende erneut deutlich machten, in welchem Ausmaß das deutsch-

(Fortsetzung auf Seite 2)

### ■ SPD

Was sagt eigentlich die FDP zum SPD-Leitantrag zur Wirtschafts- und Sozialpolitik? Seite 2

### ■ ABRÜSTUNG

Moskaus Vorschläge zielen auf einseitige Abrüstung des Westens Seite 5

### ■ C-WAFFEN

Ziel der Union ist die weltweite und kontrollierte Abrüstung Seite 6

### ■ ENTSORGUNG

Lösungen auf die lange Bank geschoben Seite 8

### ■ KOALITION

Taschenspieler-Tricks von SPD und FDP Seite 9

### ■ SPORT

Neue Wege zur Förderung des Spitzen- und Leistungssports Seite 11

### ■ FRIEDEN

SPD-Entwurf zur Friedenserziehung in den Schulen nicht tragbar Seite 12

### ■ ÖA

Mitgliederwerbewochen rosa Teil

### ■ DOKUMENTATION

Zickzackkurs der FDP grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

amerikanische Verhältnis inzwischen von Irritationen, Unsicherheit und Mißtrauen gekennzeichnet ist, wächst auf SPD-Bezirksparteitag der Antiamerikanismus.

Bereits zehn der 22 SPD-Bezirke haben sich gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß ausgesprochen und Schmidt die Gefolgschaft verweigert, nur acht sind mit Einschränkungen dafür, fünf warten noch ab. Es wird Zeit, daß die SPD in die Opposition geht; denn sie ist in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gleichermaßen gelähmt und handlungsunfähig.

## Was sagt eigentlich die FDP dazu?

**Der Leitantrag zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, den der SPD-Vorstand beschlossen hat, umschreibt zwar die wirtschaftspolitischen Felder, in denen mehr Investitionen notwendig sind, verfehlt aber die eigentliche Ursache für die zunehmende Arbeitslosigkeit, nämlich die zu hohe Kostenbelastung der deutschen Unternehmen vor allem durch Zinsen und Steuern, erklärte Heiner Geißler.**

Die SPD geht an der Tatsache vorbei, daß die notwendige Verbesserung des Investitionsklimas unabdingbar voraussetzt, daß der Haushalt wieder in Ordnung gebracht wird. Steuererhöhungen und eine Erhöhung der Staatsverschuldung können dafür nicht in Frage kommen, da der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt ohnehin schon zu hoch ist.

Die mangelnde Fähigkeit der Sozialdemokraten, volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, beweist die von der SPD aufgestellte Behauptung, daß die ökonomischen Grenzen für weitere Kreditaufnahmen noch nicht erreicht seien. Wer, wie die Sozialdemokraten, einer wei-

teren Erhöhung der staatlichen Kreditaufnahmen das Wort redet, treibt die Zinsen in die Höhe, heizt die Inflation an und produziert daher mittelfristig zusätzliche Arbeitslosigkeit. Mit den Finanzierungsvorschlägen ihres Programms beweisen die Sozialdemokraten zum wiederholten Male, daß sie mit Geld nicht umgehen können, etwas vornehmer ausgedrückt, daß sie von der Finanzpolitik nichts verstehen und offenbar nicht bereit sind, aus den schweren Fehlern der jüngsten Vergangenheit zu lernen.

**Die CDU fordert die FDP auf, zu den Vorschlägen ihres Koalitionspartners Stellung zu nehmen, die in zentralen Punkten der erklärten Regierungspolitik der SPD/FDP-Koalition und auch der Regierungserklärung des Bundeskanzlers sowie den jüngsten Beschlüssen des Kabinetts widersprechen.**

## Gefahr für die Wälder

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Kleine Anfrage zu dem Problem der verheerenden Schneebruchschäden in den Wäldern eingebracht. Hierzu erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ignaz Kiechle, u. a., die Aufräumung und Wiederaufforstung der Schadflächen sei schnellstens geboten, um Folgeschäden für die betroffenen Waldbestände zu vermeiden. Dies sei auch wegen der Gefahr der Verbreitung von Schädlingen ökologisch dringend notwendig. Die Bundesregierung habe bisher Fragen nach einer entsprechenden Hilfestellung ausweichend beantwortet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion halte es für sinnvoll, diese Problematik lediglich in einem Fachauschuß des Bundestages zu behandeln. Die Öffentlichkeit habe Anspruch darauf, über das Geschehen unterrichtet zu werden.

## Aufruf zu den Bundes-Personalratswahlen 1982

Vom 1. März bis 31. Mai 1982 finden die Bundes-Personalratswahlen statt.

Die CDA fordert alle Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf, die in den Geltungsbereich des Bundespersonal-Vertretungsgesetzes fallen, ihr aktives Wahlrecht auszuüben.

Gerade in einer Zeit schwieriger Probleme, die auch vor dem öffentlichen Dienst nicht haltmachen, ist es notwendig, daß die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst starke Personalräte wählen. Deshalb fordern wir die Arbeitnehmer auf:

### „Wählt gute Personalräte“

Personalräte sind nur stark mit starken Gewerkschaften.

Wir erwarten von den Gewerkschaften, daß sie den christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen eine faire Chance geben. Wir wissen, daß unsere christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen ihrer Verantwortung gerecht werden wollen und sich für die Wahl in die Personalräte zur Verfügung stellen.

Die öffentlichen Arbeitgeber im Geltungsbereich des Bundespersonal-Vertretungsgesetzes fordern wir auf, auf allen Ebenen reibungslose Personalratswahlen sicherzustellen. Wir verurteilen jegliche Behinderung.

**Bundsvorstand der Sozialausschüsse  
der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)**

### Auf Kosten der sozial Schwachen

Anlässlich der Absicht der Bundesregierung, die im 2. Haushaltsstrukturgesetz beschlossene 1-Prozent-Kürzung der Beamtenegehälter ab 1. März 1982 auszusetzen, hat der Haushaltsausschuß des Bundestages einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, an der geltenden Rechtslage festzuhalten und danach zu verfahren.

Hierzu erklärte der CDU/CSU-Berichterstatter für das Bundesinnenministerium im Haushaltsausschuß, Johannes Gerster (Mainz): Die Bundesregierung ist dem Bundestag in den Rücken gefallen, indem sie vor dem Druck des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker in die Knie ging und einen Teil des gerade erst in Kraft getretenen Haushaltsstrukturgesetzes wieder vorzeitig außer Kraft setzen wollte. Gegenüber den

Bediensteten der öffentlichen Hand also wurde sie weich, während sie die Kürzung der Taschengelder für sozial Schwache in Altersheimen bestehen läßt. Dadurch zeigte sich die Bundesregierung erpreßbar gegenüber den Starken und unnachgiebig gegenüber den Schwachen in der Gesellschaft. Diese Ungerechtigkeiten konnte das Parlament nicht hinnehmen.

### Für eine Forschungsprämie

Die Einführung einer Forschungsprämie nach dem Muster der Bausparprämie regte der Vorsitzende der vom Bundesfachausschuß Wirtschaft der CDU neugegründeten Kommission Forschung, Technologie und Innovation, Christian Lenzer, an, um damit „größere Kapitalien“ für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen bereitzustellen.

# Was wäre, wenn . . .

Die gegenwärtige Politik der SPD/FDP-Regierung bietet Anlässe genug, einmal darüber nachzudenken, was wäre, wenn nicht SPD und FDP, sondern CDU und CSU die in den vergangenen zwölf Jahren gemachten Fehler zu verantworten hätten: Eine vernichtende Bilanz der Regierungspolitik zieht MdB Hermann Kroll-Schlüter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

- Was wäre, wenn die CDU/CSU für 1 949 754 Arbeitslose verantwortlich wäre?
- Was wäre, wenn die CDU/CSU 165 336 jugendliche Arbeitslose unter 20 Jahren (7,6 Prozent) auf dem Gewissen hätte?
- Was wäre, wenn unter einer CDU/CSU-Regierung die höchste Verschuldung in der Geschichte des deutschen Volkes erreicht worden wäre?
- Was wäre, wenn eine CDU/CSU-Regierung das Scheitern fast aller wichtigen Jugendgesetze erklären müßte?
- Was wäre, wenn die CDU/CSU ständig die Steuerschraube andrehen, Mineralöl-, Verbrauchs- und Mehrwertsteuer regelmäßig erhöhen würde?
- Was wäre, wenn die CDU/CSU bei außenpolitischen Problemen — wie zum Beispiel der Polen-Krise — eine so schwache Position beziehen würde?
- Und was wäre wohl, wenn ein CDU-Bundeskanzler Herbert Wehner oder Helmut Schmidt nach ihren wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Alternativen fragen würde?

Eines ist jedenfalls sicher: Gegen alle aufgeführten Fehler — die Liste ist längst noch nicht vollständig — auf das Konto der CDU/CSU, würde die SPD mit Sicherheit ähnlich heftig reagieren wie im Wahlkampf 1969. Damals hieß es zum Beispiel in einer Anzeige der SPD: „Führende Wirtschaftspolitiker der CDU halten 600 000 Arbeitslose für eine normale Erscheinung in der Wirtschaft. Wir halten das nicht für normal. Denn dann wären wir ja da, wo wir vor zwei Jahren waren. In der Krise. Wer so denkt, hat keinen Blick für die Wirklichkeit.“

600 000 Arbeitslose — eine Krise! 1 949 754 Arbeitslose — eine Katastrophe! Fehler über Fehler kennzeichnen die Politik der SPD/FDP-Regierung. Dennoch behauptet Helmut Schmidt: „Wir brauchen nicht eine Wende, was wir brauchen ist, Festhalten an dem Kurs, den wir bisher mit so großem Erfolg gesteuert haben.“ Erfolg? Ob ihm das die deutschen Bürger heute noch glauben werden?

## Strauß: Gefahr eines Krieges gleich Null

Die Gefahr eines Krieges ist aller Wahrscheinlichkeit nach gleich Null, erklärte Franz Josef Strauß zur Eröffnung der VII. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München. Angesichts der Anhäufung mörderischer

Waffensysteme hätte eine kriegerische Auseinandersetzung „apokalyptische Ausmaße“. Die Zeit, mit dem Schwert oder auf dem Schlachtfeld Entscheidungen zu erringen, sei vorbei. Änderung werde es nur durch Veränderung der sozio-ökonomischen Gesellschaftssysteme geben. Dies gelte auch für die Entwicklung in Polen.

## ■ ABRÜSTUNG

# Moskaus Vorschläge zielen auf einseitige Abrüstung des Westens

**Die sowjetischen Vorschläge für eine schrittweise Abrüstung der Mittelstreckenwaffen soll offensichtlich der sogenannten Friedensbewegung und der wachsenden Anhänger-schaft einseitiger Rüstungsverzichte in der SPD Argumentationshilfe gegen die ausgewogenen Abrüstungsvorschläge des US-Präsidenten Reagan liefern, die im Atlantischen Bündnis abgesprochen wurden und denen auch die Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt zugestimmt hat.**

Die CDU/CSU hält im Gegensatz zur SPD mit der Bundesregierung an diesen Vorschlägen fest, erklärt der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Alois Mertes (Gerolstein). Die sowjetischen Vorschläge haben außer dem Moratoriumsprojekt, das dem Westen die formelle Zustimmung zur sowjetischen Überlegenheit zumutet, vier Pferdefüße, die propagandistisch geschickt verpackt sind:

1. Moskau läßt die sowjetischen Waffen östlich des Ural außerhalb der abzurüstenden Potentiale. Das heißt, die sowjetischen Vorschläge zementieren und verstärken die Fähigkeit Moskaus zur Bedrohung und Erpressung Westeuropas.

2. Moskau behauptet ein schon bestehendes Gleichgewicht im Bereich der Mittelstreckenwaffen. In Wirklichkeit besteht ein sowjetisches Übergewicht, das durch Abrüstung oder Nachrüstung ausgeglichen werden muß, wenn der Friede in Freiheit erhalten werden soll. Die sowjetischen

Vorschläge erstreben Festschreibung des sowjetischen Übergewichts in Westeuropa.

3. Moskau berechnet nur die Zahl der Träger, nicht aber die strategisch ausschlaggebenden atomaren Sprengköpfe. Das heißt die sowjetischen Vorschläge sind eine Milchmädchenrechnung für sachunkundige Zeitgenossen.

4. Moskau zählt die englischen und französischen Waffen mit, weil es die Datenbasis der Verhandlungen auf Waffen ausdehnen will, die in den Bereich der international-strategischen Waffen und damit in den Verhandlungsrahmen für START gehörten, d. h. in die geplanten amerikanisch-sowjetischen Gespräche über den Abbau interkontinentaler Waffen. Käme es bei Mitzählung der britischen und französischen Waffen bis 1990 zu dem von Moskau vorgeschlagenen Stand von 300 westlichen Raketen in Europa, so wäre das für die verlässliche Sicherung des Friedens in Freiheit notwendige amerikanische Potential so tief reduziert, daß die sowjetische Überlegenheit als Instrument erpresserischer Drohung garantiert wäre.

Die sowjetischen Vorschläge sind der Versuch, die USA, aber auch die Bundesregierung auf dem Umweg über die öffentliche Meinung Westeuropas, insbesondere über die SPD, mit falschen oder irreführenden Argumenten unter Druck zu setzen, der eine einseitige Abrüstungsleistung des Westens erzwingen soll, während keine auch nur annähernd vergleichbare Gegenleistung der Sowjetunion erfolgt.

## ■ C-WAFFEN

### Ziel der Union ist die weltweite und kontrollierte Abrüstung

**Zur Entscheidung Präsident Reagans über eine Modernisierung im Bereich chemischer Kampfstoffe erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle, MdB Jürgen Todenhöfer:**

Die CDU/CSU hat in den Jahren 1980 und 1981 — in Weiterführung ihres ständigen Drängens auf eine völlige, weltweite und überprüfbare Abrüstung der chemischen Waffen — mehrfach parlamentarische Initiativen für eine überprüfbare Null-Lösung der C-Waffen eingebracht. Diese wurden auch von den Fraktionen der SPD und FDP sowie von der Bundesregierung unterstützt. Die CDU/CSU hat außerdem immer wieder auf die seit 13 Jahren anhaltende C-Waffen-Aufrüstung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts hingewiesen. Sie hat ferner auf die zahlreichen Berichte über den Einsatz chemischer Waffen der Sowjetunion in Afghanistan, Laos und Kambodscha hingewiesen, deren Prüfung die Vollversammlung der UNO inzwischen gegen den Widerstand Moskaus und seiner Freunde beschlossen hat.

Die Entscheidung Präsident Reagans zur Vorbereitung der Produktion zusätzlicher amerikanischer C-Waffen und ihrer Vorratshaltung in Amerika kommt, wie die Bundesregierung zu Recht betont, nicht überraschend. 1969 war die amerikanische Kampfstoffproduktion durch einen Beschluß Präsident Nixons eingestellt

worden. Nixons Rüstungsstopp war Teil der amerikanischen Politik, durch starke Zurückhaltung auf allen Gebieten der Rüstung die Sowjetunion zu einem entsprechend maßvollen Verhalten und parallelen Verzicht zu veranlassen.

In den vergangenen 13 Jahren haben die USA und ihre Bündnispartner die Sowjetunion zahllose Male aufgefordert, ihre ständig anhaltende Aufrüstung im chemischen Waffenbereich einzustellen. Der Westen, auch die Bundesrepublik Deutschland, hat darüber hinaus immer wieder energische Anstrengungen unternommen, um zu einem weltweiten Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen zu gelangen.

Die vom Westen angestrebte weltweite kontrollierbare Abrüstung im Bereich chemischer Waffen ist jedoch bisher am harten Widerstand der Sowjetunion gescheitert. Die Sowjetunion beantwortete vielmehr den Rüstungsstopp der USA im chemischen Bereich im Gegenteil mit einer gigantischen chemischen Hochrüstung. Ihre Überlegenheit im chemischen Bereich beträgt zur Zeit nach Angaben der Bundesregierung bereits mindestens 10:1. Die Sowjetunion hat sich seit 1969 die Fähigkeit zur offensiven chemischen Kriegführung im großen Maßstab verschafft. Dies gilt vor allem für die in Mitteleuropa stationierten sowjetischen Truppen und für die Truppen der Nationalen Volksarmee der DDR.

Die CDU/CSU fordert die Sowjetunion mit Nachdruck auf, die Zeit bis zum Beginn der Produktion neuer chemischer Waffen in den USA zu nutzen, um den Weg zu einer weltweiten und überprüfbaren chemischen Abrüstung freizumachen. Ziel der Union im Bereich chemischer Waffen bleibt die beiderseitige Null-Lösung. Die Union hat zur Erreichung dieser Null-Lösung im Deutschen Bundestag mehrfach parlamentarische Initiativen ergriffen.

## ■ AUSBILDUNGSPLÄTZE

# Kein Anlaß zur Dramatisierung

**Auf dem Ausbildungsstellenmarkt besteht kein Anlaß zur Dramatisierung, wengleich eine gewisse quantitative Verschlechterung nicht zu übersehen ist, erklärte Dorothee Wilms, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.**

**W**enn der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft diese Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt durch Dramatisierung in der Öffentlichkeit auszunutzen versucht, überbetriebliche Finanzierungsmethoden und verstärkte Einflußnahme des Staates auf die duale Bildung politisch im Gespräch zu halten, so leistet er damit in keiner Weise einen Beitrag zur Lösung der anstehenden Probleme für die Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge.

Aus neuen zur Ausbildungsplatzsituation 1981 bekanntgewordenen Zahlen ist zu entnehmen, daß der für 1980 mit 4,2 Prozent zu verzeichnende Ausbildungsstellenüberhang auf 2,4 Prozent zurückgegangen ist. Diese Zahlen spiegeln jedoch nur bedingt die reale Entwicklung wider; denn es werden den Arbeitsämtern bei weitem nicht alle Ausbildungsstellen gemeldet. Insgesamt läßt sich bei längerfristiger Beobachtung sogar feststellen, daß sich die Meldequoten an die Arbeitsämter bei Schulabgängern und Betrieben in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert haben.

Auch die bildungspolitische Gesamtlage muß gesehen werden. Das Jahr 1981 stand ebenso wie die vorangegangenen un-

ter dem Druck der Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge. Die Wirtschaft hat bisher diese gesellschaftspolitische Bewährungsprobe hervorragend bestanden. So ist darauf zu verweisen, daß die Anzahl der Auszubildenden in den letzten zehn Jahren um 500 000 gestiegen ist, obwohl die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Wirtschaft um 750 000 gesunken ist. Trotzdem bleibt es wichtig, die Wirtschaft ebenso wie die öffentliche Hand deutlich darauf hinzuweisen, in ihren Ausbildungsbemühungen auch in den nächsten Jahren nicht nachzulassen. Auch wenn die Endphase dieser Belastung jetzt in Sicht ist, ist sie aber noch nicht voll durchschritten.

Die vorübergehenden Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt dürfen insgesamt auch nicht den Blick für die längerfristigen Aufgaben und Chancen dualer Bildung verstellen. Das duale Ausbildungssystem wird auch in Zukunft am besten in der Lage sein, auf strukturelle Veränderungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem flexibel zu reagieren. So ist es beispielsweise schon in naher Zukunft notwendig, einer Vielzahl von Abiturienten, die wegen schlechter Berufschancen nicht studieren wollen, entsprechende berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten in der Wirtschaft anzubieten. Daneben stellt auch die Versorgung der nach wie vor viel zu großen Zahl von Schulabgängern ohne Abschluß das duale System vor besondere Herausforderungen. Deshalb sollten alle Verantwortlichen ihren Beitrag zum Erhalt, zum Ausbau und zur weiten Differenzierung des dualen Ausbildungssystems leisten.

## ■ ENTSORGUNG

### Lösungen auf die lange Bank geschoben

**Jahrelange Unentschlossenheit und eine Kette von Fehleinschätzungen der SPD/FDP-Bundesregierung haben in der Bevölkerung den Eindruck von einer völlig desolaten Lage bei der Entsorgung nuklearer Abfälle entstehen lassen. Die Bereitstellung endgültiger Lagerstätten für radioaktive Abfälle ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Ausbau und die weitere Nutzung der Kernenergie und der Isotopenanwendung.**

**E**s ist bedauerlich, daß die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion aufzeigt, daß die Bundesregierung nur halbherzig tätig wurde und weit hinter den Erwartungen des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. September 1979 zur Entsorgung der Kraftwerke zurückgeblieben ist. Sie schaffte es einfach nicht, die dringenden Entsorgungsfragen mit dem erforderlichen Nachdruck anzugehen, stellt MdB Paul Gerlach fest.

Der Endlagerung kommt im Zuge der verschiedenen Maßnahmen der Entsorgung entscheidende Bedeutung zu. Wir registrieren hier noch immer das schwächste Glied in der Entsorgungskette. Wenn auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren keine deutlichen Fortschritte erzielt werden, dann besteht die große Gefahr, daß die Kernkraftwerke abgeschaltet werden müssen. In einer ganzen Reihe von Bundesländern würde damit ein wesentlicher Anteil der Stromerzeugung nicht mehr verfügbar sein. Die Lichter werden dann zwar nicht sofort ausgehen — es gibt ja auf teurerer Brennstoffbasis arbeitende

Reservekraftwerke —, aber die Stromverknappung, die hohen Kosten für Ersatzstrombeschaffung und die nachteiligen Auswirkungen des darauf folgenden Zusammenbruchs der kerntechnischen Industrie würden der Gesamtwirtschaft erheblichen Schaden zufügen.

Während der Bund säumig ist, dürfen wir mit Genugtuung auf die Bereitschaft der Länder zur Aufnahme kerntechnischer Anlagen hinweisen. Natürlich hängt diese Bereitschaft zwangsläufig davon ab, daß der Bund für die zügige Einrichtung eines Bundesendlagers für radioaktive Abfälle sorgt, wie es seine Pflicht ist. Nach § 9 a Abs. 3 Atomgesetz hat der Bund Anlagen zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten. Er ist der verantwortliche Errichter und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Und was die Bundesregierung bisher getan oder besser nicht getan hat, zeugt nicht gerade von hohem Verantwortungsbewußtsein. Nur allzulange hat die Bundesregierung die Erschließung eines Endlagers für die radioaktiven Abfälle auf die lange Bank geschoben.

Hinter einem Nebelvorhang von Zahlen und Scheinaktivitäten versucht die Bundesregierung die Tatsache zu verschleiern, daß sie bei der Lösung des Problems der Endlagerung in den letzten Jahren keinerlei Fortschritte erreicht hat. Eher müssen wir heute von einem Rückschritt sprechen, denn vor fünf Jahren stand immerhin noch Asse II zur Verfügung, während wir heute überhaupt keine Möglichkeit zur Endlagerung haben.

Natürlich ist die Mitwirkung der Länder insbesondere in der Standortfrage für Endlager notwendig. Sie haben ihre Mitverantwortung nie bestritten, erwarten jedoch von der Bundesregierung, daß sie die mit den Ländern getroffenen Vereinbarungen einhält. Die Skepsis der Bundesländer ist berechtigt.



## ■ KOALITION

### Taschenspielertricks von SPD und FDP

Wieder einmal bittet die Bundesregierung den kleinen Mann zur Kasse. Die Finanzierung des Beschäftigungsprogramms ist kraß unsozial. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung trifft in erster Linie Arbeitnehmer, Rentner und kinderreiche Familien. Einer Familie mit drei Kindern werden durch Kindergeldkürzung und Mehrwertsteuererhöhung rund 800,— DM pro Jahr aus der Tasche gezogen.

Zu diesen Folgen des Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung und zur Reaktion auf die Siebenpunkteoffensive der Union erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Norbert Blüm, und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid), u. a.: Von dieser Politik auf dem Rücken der kleinen Leute und finanziell Schwachen soll nun durch polemische Angriffe auf die Union und ihr Siebenpunkteprogramm abgelenkt werden. Um Mißverständnissen vorzubeugen:

1. Behauptungen, nach denen die Union beim Arbeitslosengeld 500 Millionen DM einsparen wolle, sind falsch. Im Unionsprogramm vom 10. Februar 1982 steht davon keine Silbe.

Dagegen hat die Bundesregierung in der „Operation '82“ die Arbeitslosenunterstützung um rund eine halbe Milliarde DM gekürzt.

2. Falsch ist auch, daß die Union in ihrem Siebenpunkteprogramm die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zur Disposition stelle.

Festzustellen ist: Niemand kann ohne Unterschrift des Arztes länger krankfeiern.

3. Die Union hat nicht beschlossen zu prüfen, ob eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit erfolgen soll, sondern wie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit als Angebot verwirklicht werden kann.

In diesem Zusammenhang erklärte zur Diskussion über die Kürzung des Taschengeldes für Heimbewohner der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hermann Kroll-Schlüter: Die SPD wirft der CDU/CSU vor, sie sei für die Kürzung des Taschengeldes für Heimbewohner verantwortlich.

Die politische Wahrheit dagegen ist, daß sich die Union der totalen Streichung des Zusatztaschengeldes mit Erfolg widersetzt hat. Und wahr ist auch, daß, wenn SPD und FDP den Vorschlägen der Union gefolgt wären (Kürzung des Schüler-BA-FÖG), schmerzhaft Kürzungen im Sozialhilfebereich hätten vermieden werden können.

Die SPD vertritt seit langem die wie immer leistungsfeindliche Auffassung, daß diejenigen, die zur Finanzierung des Heimaufenthaltes eigene Leistungen einbringen, denen gleichgestellt werden sollen, die ihren Heimaufenthalt ausschließlich aus der Sozialhilfe bezahlen.

### Hamburger Judos trennen sich von FDP

Die Hamburger Jungdemokraten haben beschlossen, sich von der FDP zu trennen. Für einen entsprechenden Antrag entschieden sich rund zwei Drittel der Delegierten auf einer Landesversammlung. Die Judos wollen jetzt einen „radikaldemokratischen, parteiunabhängigen Jugendverband“ weiterführen.

Zur Begründung dieses Beschlusses führten Sprecher der Jungdemokraten an, es habe sich in den vergangenen Jahren endgültig gezeigt, daß die von den Judos angestrebte Politik in der FDP nicht durch-

zusetzen sei. Auch die Stützung der sozial-liberalen Koalition in Bonn sei kein Argument mehr, „weil alle Voraussetzungen einer Auflösung des Regierungsbündnisses bereits gegeben und ihr Vollzug nur noch eine Frage des geeigneten Anlasses und des richtigen Zeitpunktes ist“.

## „Würde Ihnen das Leben mit 90 Mark Taschengeld Spaß machen?“

„Herr Bundeskanzler, würde Ihnen das Leben mit 90 Mark Taschengeld im Monat noch Spaß machen?“ Verzweifelt schilderten betagte Damen und Herren aus Altenheimen der SPD-nahen Arbeiterwohlfahrt in Essen Helmut Schmidt ihre Not, weil durch die Sparbeschlüsse der Regierung ihre Taschengelder von 156 auf spärliche 90 Mark ab 1. April 1982 gekürzt werden sollen, so berichtete die „Kölnische Rundschau“.

In seiner Grundsatzrede vor dem nieder-rheinischen SPD-Bezirksparteitag hatte Schmidt erklärt: „Nachher werde ich mit den Senioren und Seniorinnen sprechen.“ Radioreporter des WDR wurden zu der Unterredung mit ihren Mikrofonen jedoch nicht zugelassen. Das verbot der Kanzler ausdrücklich. Ein WDR-Reporter mutmaßte offensichtlich zu Recht, die Unterredung sei Schmidt „höchst unangenehm“ gewesen.

## Coppik lädt zum Forum ein

Die Gründung einer neuen Partei links der SPD tritt offenbar in ein entscheidendes Stadium. Der aus der SPD ausgetretene Bundestagsabgeordnete Coppik hat zusammen mit dem aus der SPD ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Hansen und weiteren acht Unterzeichnern zu einem „Forum demokratischer Sozialisten“ am 20. März in Recklinghausen aufgerufen.

## Eppler droht Kanzler mit Kampfabstimmung

Die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses in der SPD wollen offensichtlich doch schon auf dem Münchner Parteitag im April eine Sachentscheidung zur Frage der Nachrüstung erzwingen. Ihr Wortführer, Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, erklärte in einem dpa-Interview, es werde zu einer „Kampfabstimmung“ auf dem Parteitag kommen, falls der sicherheitspolitische Leitantrag des SPD-Bundesvorstands nicht um die Forderung nach einem Stationierungsstopp für atomare Mittelstreckenraketen während der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf ergänzt wird.

## Spione in Bonner Ost-Botschaften

Die CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, den Spionen in den Bonner Ost-Botschaften mehr Aufmerksamkeit zu widmen. In einer in Bonn veröffentlichten „Kleinen Anfrage“ erkundigte sie sich zugleich danach, was die Spionageabwehr bisher auf diesem Gebiet unternommen habe.

Die Opposition geht offensichtlich davon aus, daß es den Sicherheitsbehörden neben den normalen Aufgaben an ausreichenden Kapazitäten fehlt, um den Spionen in den sogenannten „legalen Residuren“ auf den Fersen zu bleiben. Sie schließt dies unter anderem daraus, daß in anderen westlichen Staaten immer wieder „amtliche Spione“ aus dem Osten enttarnt und ausgewiesen werden, „bei uns hört man dergleichen praktisch nie“, sagte der innenpolitische Oppositionssprecher Carl-Dieter Spranger. Da man nicht annehmen könne, daß die Sicherheitsbehörden völlig im dunkeln tappten, müsse man vermuten, daß die Bundesregierung wegen ihrer Entspannungspolitik von solchen Spionen nichts wissen wolle.

## SPORT

# Neue Wege zur Förderung des Spitzen- und Leistungssports

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte wird dazu führen, daß auch der Spitzensport auf Dauer nicht mit einer kontinuierlich höheren Förderung rechnen kann. Es müssen Überlegungen angestellt werden, wie der Spitzensport mit den vorhandenen Mitteln künftig möglichst wirksam gefördert werden kann. Die CDU legt mit ihrem Positionspapier erste Überlegungen hierzu vor.

Aus diesem Anlaß erklärte Generalsekretär Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn: In den letzten 15 Jahren haben die Organisationen des Sports in Abstimmung mit Bund, Ländern und Gemeinden eine Vielzahl von Maßnahmen und Einrichtungen zur Förderung des Leistungssports geschaffen. Trotzdem wird in den Sportverbänden, und auch in der Öffentlichkeit, Kritik laut, weil größere Leistungen und Erfolge erwartet werden.

Aber Medaillen und Meisterschaften sind nicht nur eine Frage der finanziellen Sportförderung. Im Vordergrund steht das Engagement des einzelnen Leistungssportlers. Förderung des Spitzensports heißt vor allem, das Engagement bei jungen Menschen zu wecken und das gesellschaftliche Umfeld entsprechend zu gestalten. Finanzielle Förderung ist dabei eine wichtige, aber flankierende Maßnahme. Die CDU hat zusammen mit aktiven Sportlern untersucht, wo die Mängel in dem derzeitigen Sportförderungssystem liegen und welche Möglichkeiten es gibt, die Situation zu verbessern.

① Bildung und Erziehung müssen wieder stärker Werte wie Fleiß, Beharrlichkeit, Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein und Gemeinsinn berücksichtigen. Gerade diese Werte werden im Leistungssport besonders erlebt und eingeübt.

② In allen Schul- und Ausbildungsbereichen ist das Fach Sport anzubieten. Wesentlich verbessert werden soll die Kooperation Schule und Verein; Voraussetzungen hierfür sind u. a.:

— Die Ausbildung der Lehrer und Erzieher ist so zu gestalten, daß sportliche Angebote in allen Bildungsbereichen gewährleistet sind.

— Die Sportlehrerausbildung ist so zu konzipieren, daß Lehrer zumindest in den Schulsportarten, in denen sie selbst eine Ausbildung aufweisen, in der Lage sind, Talente zu erkennen und bezüglich einer gezielten Förderung zu beraten.

— Bei der Einstellung und Ortszuweisung von Sportlehrern soll neben den vorrangigen schulischen Bedürfnissen auch ihr Engagement im außerschulischen Sport (Verein) mitberücksichtigt werden.

③ Um die regelmäßige sportmedizinische Betreuung und Begleitung am Trainingsort zu gewährleisten, sollten die medizinischen Probleme des Sports stärker als bisher Bestandteil der örtlichen Ausbildung werden. Die CDU fordert, daß Sportmedizin Bestandteil der Approbationsordnung wird. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten der Spezialisierung von Sportärzten für die Bedürfnisse des Hochleistungssports geschaffen werden.

4 Das geltende Wirtschaftssteuerrecht begünstigt die Finanzierung des Sports über die Werbung. Dies führt oft zu negativen Begleiterscheinungen. Um Sportfördermittel aus der Wirtschaft der allgemeinen Förderung des Leistungssports zugänglich zu machen, sollten Anreize geschaffen werden:

Dazu zählen die Änderung der Höchstgrenze bei der Spendenabzugsfähigkeit und besondere öffentliche Auszeichnungen für Förderer des Sports.

5 Sportverbände, öffentliche Hand und Organisationen der Wirtschaft und der Gewerkschaften müssen zu einer wirksamen Form der Zusammenarbeit finden. Die gegenseitigen Interessen und Ziele sind so zu formulieren und abzustimmen, daß es zu einem unserer Gesellschaft entsprechenden System der Sportförderung durch Einbindung aller betroffenen gesellschaftlichen Kräfte kommt.

6 Die staatliche Förderung des Leistungssports ist weiterhin an den Grundsätzen des Subsidiaritätsprinzips auszurichten. Unabhängig von der hohen ehrenamtlich erbrachten Eigenleistung des Sports ist im Interesse seiner Autonomie der Eigenanteil so zu verbessern, daß die verbandliche Leistungsförderung nicht allein von staatlicher Zuwendung abhängt. Die Solidarität der Sportler und Verbände untereinander könnte eine solide Grundlage sein.

7 Es sollte außerdem geprüft werden, inwieweit die Bundesmittel für zentrale Maßnahmen im Spitzensport dem Deutschen Sportbund gemäß § 44 Bundeshaushaltsordnung nach festzulegenden Kriterien für einzelne Zuwendungsbereiche unmittelbar zur Bewirtschaftung übertragen werden können; dieses Verfahren könnte die mittelbare Einwirkung staatlicher Bürokratien auf Maßnahmen des Sports verringern, und der Sport könnte durch eigene Prioritätensetzung seine Anpassungsfähigkeit verbessern, ohne jedoch seine Bürokratie zu vergrößern.

## STICHWORT

### Asylrecht:

*„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ heißt es lapidar in Art. 16 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz. Die Aufnahme dieses Rechts in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes durch den Verfassungsvertrag war auch ein Ergebnis der leidvollen Erfahrungen vieler Deutscher, die vor den Verfolgungen der nationalsozialistischen Diktatur im Ausland Schutz fanden und nur dadurch überlebt haben. Art. 16 GG verbürgt einen gerichtlich nachprüfbaren Rechtsanspruch auf Asylgewährung. Einzige Voraussetzung für den Asylanspruch ist eine politische Verfolgung des Asylsuchenden.*

*Der politisch Verfolgte darf nicht an der Grenze zurückgewiesen werden, darf nicht in einen möglichen Verfolgerstaat abgeschoben werden und muß grundsätzlich die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein gewährt erhalten.*

*In Erfüllung dieser Verpflichtung haben in den vergangenen Jahrzehnten Zehntausende politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat gefunden.*

*Die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Es ist offenkundig, daß viele Ausländer nicht wegen politischer Verfolgung, sondern aus anderen, vor allem wirtschaftlichen Gründen, um Asyl nachsuchen. Durch die große Zahl Asylsuchender dauern die Asylverfahren oftmals unerträglich lange. Mit ihren Vorschlägen zur Änderung des Asylverfahrens geht es der CDU nicht um eine Einschränkung, sondern um eine Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechts zu Lasten der tatsächlich politisch Verfolgten.*

## FRIEDENSSICHERUNG

# SPD-Entwurf zur Friedenserziehung in den Schulen nicht tragbar

**Die Vernachlässigung von Freiheit und Menschenwürde hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an der Beschlußempfehlung der SPD-regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen zur Friedenserziehung in der Schule gerügt.**

Freiheit und Menschenwürde seien die entscheidenden Grundwerte, zu deren Schutz der Staat ethisch verpflichtet sei. So äußerte sich der CDU-Abgeordnete Markus Berger (Lahnstein) anlässlich der Veröffentlichung einer Kleinen Anfrage seiner Fraktion zu der genannten Beschlußempfehlung an die Kultusministerkonferenz.

Die Union gab in dieser Anfrage ihrer Überzeugung Ausdruck, daß wirklicher Frieden nur dann bestehe, wenn es sich um einen Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit handele. Die unübersehbare Bedrohung dieser Werte durch totalitäre Systeme begründe erst die Notwendigkeit der Verteidigung des eigenen freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates, der in den Verfassungen des Bundes und der Länder beschrieben sei.

Deshalb — so die Forderungen der Unionsabgeordneten — müsse die Erziehung zur Verteidigung der Freiheit ein wesentlicher Bestandteil der Friedenserziehung in der Schule sein. Dieser Freiheitsgedanke werde in dem SPD-Entwurf bei weitem nicht ausreichend berücksichtigt. Der SPD-Entwurf erwecke vielmehr den Eindruck, als sei wirklicher Frieden ohne Freiheit möglich.

„Wer den Hirtenbrief der polnischen Bischöfe zum Thema Frieden gelesen hat“, so Markus Berger, „weiß, daß eine Erziehung zum Frieden die Vermittlung freiheitlichen Gedankenguts einschließen muß.“ Es dürfe nicht nur über Resignation, Ohnmachtsgefühle und Aggressionen bei dem Heranwachsenden gesprochen werden. Vielmehr müßten zugleich auch die Leistungen unseres freiheitlichen und sozialen Staates, seine Verteidigungswürdigkeit und -notwendigkeit behandelt werden.

Wenn aber, wie in dem SPD-Entwurf gefordert, keine Form der Friedensbemühungen von vornherein als die richtige deklariert werden dürfe, und wenn man es — wie die Autoren des genannten Entwurfs — auch nicht für notwendig halte, den Schutz der Würde des Menschen, der im Artikel 1 des Grundgesetzes verpflichtend vorgeschrieben sei, auch nur mit einem Wort zu erwähnen, dann werde damit in einer Wertbeliebigkeit erzogen, die dem Verfassungsauftrag nicht gerecht werde.

So entspricht etwa die in dem Entwurf beschriebene Gleichrangigkeit des gesetzlichen Wehrdienstes und der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe nicht der Verfassung. Vielmehr ist die Kriegsdienstverweigerung eine „vom Grundgesetz als Ausnahme gewollte Schutzbestimmung“, während das „Grundgesetz als Regel die allgemeine Wehrpflicht vorsieht“, wie in der Unions-Anfrage aus einem Brief Helmut Schmidts an den ehemaligen Vorsitzenden der GEW, Frister, zitiert wird.

# Zur Sache:

Helmut Kohl legt Sieben-Punkte-Offensive der CDU vor

**Arbeit für alle: Ja**

**Steuererhöhung: Nein**

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dramatisch verschlechtert: Fast zwei Millionen Arbeitslose, 600.000 mehr als vor einem Jahr.

In dieser schwierigen Situation unseres Landes will die SPD/FDP-Koalition schon wieder die Steuern erhöhen - diesmal die Mehrwertsteuer. Diese Steuererhöhung bremst die Wirtschaft, ist unsozial und erschwert vernünftige Lohn- und Gehaltsabschlüsse. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer findet deshalb nicht die Zustimmung der CDU/CSU.

Die CDU will Arbeit für alle. Das ist nicht zu schaffen durch das Strohfeuer-Programm von SPD/FDP.

Und so läuft unsere Sieben-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik:

**1. Runter mit der Staatsverschuldung. Den Haushalt in Ordnung bringen.**

Und zwar durch weniger Staatsausgaben. Dann gehen auch die Zinsen runter. Niedrige Zinsen kurbeln die Wirtschaft an.

**2. Mehr private und öffentliche Investitionen sind der Schlüssel für neue Arbeitsplätze.**

Das wichtigste für unsere Unternehmen ist: weniger Kosten und mehr eigenes Kapital. Deshalb weniger Bürokratie und weniger Steuern. Das schaffen wir aber nur, wenn die Staatsfinanzen wieder in Ordnung sind.

Auch der Staat muß seinen Beitrag leisten: Vorrang für öffentliche Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen: z.B. Wohnungsbau, Ausbau der Verkehrswege und Umweltschutzmaßnahmen.

**3. Wer sich selbständig macht, schafft Arbeitsplätze - wir helfen ihm.**

Dazu zählen Hilfen zur Aufbringung des notwendigen Risikokapitals und Sofort-Abschreibungen sowie Ansparmodelle zur Existenzgründung entsprechend dem Bausparmodell.

**4. Mehr Wohnungen bauen.**

Bauen schafft Arbeitsplätze und zieht weitere Aufträge in anderen wirtschaftlichen Bereichen, z.B. bei der Textil- und Möbelindustrie nach sich. Das Wohnungsbaupolitische Programm

der CDU sowie drei Gesetzesinitiativen der Union vom Mai 1981 kurbeln die Bauwirtschaft an.

### **5. Den technischen Fortschritt fördern.**

Wir brauchen eine technologische Offensive, um den Anschluß an die modernen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht zu verpassen. Hier liegt mehr Geld auf Abruf, als der Staat je aufbringen kann.

Unser Programm:

- Zügiger Bau von Kohle- und Kernkraftwerken
- Weiterentwicklung umweltfreundlicher Energietechniken
- Aufhebung des Verkabelungsstops und verbindliche Pläne der Bundespost

### **6. Alle müssen mitmachen - auch Arbeitgeber und Gewerkschaften.**

Ein Prozent mehr Lohn und Gehalt

macht fast 8 Milliarden DM. Wir appellieren an die Tarifpartner: lieber jetzt etwas weniger Lohn und dafür sichere Arbeitsplätze.

Die CDU macht einen guten Vorschlag: Sorgt bei den Tarifverhandlungen dafür, daß die Arbeitnehmer am Kapital ihrer Betriebe beteiligt werden.

### **7. Neue Ideen öffnen den Arbeitsmarkt.**

Die Union fordert private und öffentliche Arbeitgeber auf, mehr Teilzeitarbeitsplätze, auch durch Arbeitsplatzteilung (job-sharing), anzubieten.

Wir werden prüfen, wie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne zusätzliche Belastungen der Beitragszahler und der Rentenversicherung durch die Tarifparteien als Angebot an ältere Arbeitnehmer vereinbart werden kann.

**Das alles ist zu schaffen, wenn unser Land mit einer neuen Regierung einen neuen Anfang macht.**

# **CDU**

**/// sicher  
sozial  
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH  
 POSTFACH 24 49  
 5300 BONN 1  
 POSTVERTRIEBSSTÜCK  
 Z 8398 C  
 GEBÜHR BEZAHLT

## ■ ZITAT

### Sondersteuer für Rentner

Die Rentenversicherung wird vom Bund immer wieder als Reservekasse mißbraucht. 1981 wurde der staatliche Zuschuß um 3,5 Milliarden DM gekürzt. 1982 und 1983 wird der Beitrag um einen halben Prozentpunkt herabgesetzt, um den Beitrag der Arbeitslosenversicherung um einen ganzen Prozentpunkt erhöhen zu können. Der Bund spart damit in drei Jahren mehr als 15 Milliarden DM; der Rentenversicherung gehen mehr als 10 Milliarden DM verloren. Ihre Finanzen sind damit selbst mittelfristig nicht mehr seriös zu kalkulieren.

Nun soll von 1984 an den Rentnern ein Krankenversicherungsbeitrag von einem Prozent abverlangt werden, der dann schrittweise bis auf sechs Prozent angehoben werden dürfte. Ursprünglich war dies ein Plan für die nächste Legislaturperiode, der darauf zielte, den Rentnanstieg zu bremsen und die Rentenfinanzen bis in die neunziger Jahre hinein zu sichern. Aber das gilt nun nicht mehr.

Der Rentnerbeitrag soll nämlich 1984 Matthöfer zugute kommen, der den Bundeszuschuß abermals kürzen darf. Der „Krankenversicherungsbeitrag“ entpuppte sich damit als eine Sondersteuer, als ein Notopfer der Rentner für den Bund. Die Regierung betreibt wieder einmal Etikettenschwindel und Flickschusterei.

Ehrenberg will daher für die Rentenkasse andere Finanzquellen erschließen. So sollen 1983 zum zweiten Mal die Ausbildungsfallzeiten abgewertet werden, nun auf 75 Prozent der Durchschnittsverdienste. Der Wert dieser die Renten steigenden beitragslosen Zeiten würde damit in der Regel insgesamt mehr als halbiert, und zwar auch rückwirkend. Dies wäre ein weiterer Schritt zur Nivellierung der Renten. Mit dem Vertrauen der Bürger in den Bestand wohlervorbener Rechte würde Schindluder getrieben. Aber was kümmert das Ehrenberg? Das Karlsruher Verfassungsgericht hat ihm erst kürzlich freie Hand gegeben, und ihn selber und seine beamteten Spitzenberater, die Ausbildungszeiten zum Höchstgehalt angerechnet erhalten, trifft das nicht. Merke: Gleichmacherei ist ein hehres Prinzip, so lange es andere trifft.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 2. 1982

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**UjD**